





**Verständigung durch Geld.** Der Betrag von Lunderland würde gar zu gern König von Hannover werden. Das Land ist 1866 von Preußen bekanntlich annektiert worden, und der Lunderland wäre der Kronerbe gewesen. Er läßt durch sein Verbleiben erklären, er sei „den größten Dänen“ bereit, wenn er einen Teil der alten Hannover und Braunschweig an sich ziehen sollte. — Das ist ein Angebot, dem allerdings mancher Vorstandsmitglied in neuerer Zeit ein sehr pikantes Beigefühl nicht fehlt.

**Kein Gubernementswechsel.** Herr v. Büttner wird auf den Posten eines Gouverneurs von Kamerun zurückgehen. Die vor einigen Tagen getragene Meldung von seinem Austritt ist offiziell bemerkt worden.

**Lehrer als agrarische Diener.** Für den Regierungs-Bericht vom 15. die Verfügung erlassen worden, die ländlichen Volksschullehrer müssten sich durch Teilnahme an einem Kursus in Geflügelzucht dazu ausbilden, Leiter lokaler Bezirke zu werden, welche die Geflügelzucht fördern. — Will ein Lehrer das freiwillig tun, so mag er's. Ihn aber durch amtliche Verordnung dazu veranlassen, muß idiosyncratisch herausfordern. Ein Handwerker hat, wenn er's mit seinem Berufe ernst nimmt, gerade genug für seine Schule zu leisten.

**Abbitte geleistet** hat der Kreitlegerberband der deutschen Tischlermeister und Holzhandwerker. Er hat den Organisationsausschuss ein Schreiben zugehen lassen, worin im Auftrage der Vorstände des Innungsverbandes Bund deutscher Tischler-Innungen sowie des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Tischlermeister und Holzhandwerker das folgende Wortlaut ausgesprochen wird über die allgemeine Wegnahme der Handlung, welche die Vertreter der Preise durch den Verstoß des organisierten Verbandes erfahren haben. Bekanntlich hat der Vorliegende Schöning die Vertreter der Preise darob hinausgewiesen.

**Unschuldig beurteilt.** Im Wiedereröffnung-Verfahren sprach das Obergericht in Wilhelmshafen den Gelehrten Fleischer von der Schulddigkeit des Meinens frei. Fleischer hat bereits sieben Monate der Strafe abgesehen.

**Drei Tage Gefängnis** diktirte die Strafkammer auf Grund des Gotteslästerungs-Paragrafen eines Agenten zu, weil er in anstößlichem Zustande in einer Wirtschaft geäußert hatte: „Landerwärdchen perst man ein, wenn sie betteln, in der Kirche aber darf ungeschickt mit dem Klingelbeutel gehandelt werden, das ist eine lehrbare Botschaft.“ Der als Sachverständiger einmündigen des Sachverständigen Ausschusses stellte nach Verlesung des Urteils des Angeklagten in Erwiderung, daß der Klingelbeutel eine Einrichtung der evangelischen Kirche sei; in vielen Orten sei er schon längst abgeschafft, und in absehbarer Zeit werde diese unmoderne, aufdringliche Instrument hoffentlich für immer aus der evangelischen Kirche verschwinden. Die Strafkammer war jedoch der Meinung, daß ein Vergehen gegen § 166 hier vorliege; der Angeklagte habe nicht den Klingelbeutel an sich, sondern das Einkommen von milben Gauen treffen wollen, und dies sei eine Einwirkung der evangelischen Kirche.

### Zusland.

**Anfall.** Warum das Genereurteil vom Waisenhaus-Kriegsgericht nicht gegen die Genossen Rasprag und Gurtmann gefällt wurde, darüber wird jetzt berichtet. Beide Angeklagte legten eine bewundernswürdige Ruhe an den Tag. Wirklich sag der Genardam, auf dessen Anschuldigung hin Gurtmann mit angeklagt worden war, seine Aussage zurück und erklärte im Genereur auf seiner Aussage im Laufe der Untersuchung, daß Rasprag nicht an den Schultern gepackt hätte, Rasprag zu betreiben, sondern daß er ihn bloß angefaßt hätte, unter welchen Umständen dies aber geschehen war, ob vielleicht nur unversehens, beim Hinabstufen Gurtmanns aus dem Zimmer, könne er nicht sagen, er wisse es nicht mehr! Die einzige Stille der Anlage wider Gurtmann bricht zusammen, der Staatsanwalt ist wütend. Er führt sich förmlich auf den Schwarm: Warum dieser seine Aussage ändere? Warum er früher anders ausgelegt hätte? Der Genereur antwortet, er wisse nicht, warum! Diese Frage antwortet erklärt aber das „Warum“ mit wippen der Achseln... Der Staatsanwalt gerät ob dieser Treulosigkeit seiner eigenen Stille außer sich und verläßt sich demohnen, als er erklärt, die Familie des Angeklagten Gurtmann hätte sich gegen Rasprag beschützt. Die Verteidigung legt Protest ein und erklärt, eine Beleidigungslage gegen die Regierung des Staatsanwalts im Namen der Familie Gurtmann einreichen zu wollen. Doch nicht genug, es geschieht das Unerhörte, das in keinem Gericht der Welt außer dem russischen Absolutismus möglich wäre: der Staatsanwalt, aller Schuldbeweis und des geringsten belästigenden Zeugnis gegen Gurtmann beraubt, bleibt bei seiner Anlage und fordert für ihn nach wie vor Todesstrafe!!

Dann folgt der andere dramatische Moment des Prozesses. Vor seinem Plaidoyer stellt der Rechtsanwalt Botel den Antrag, seinen Klienten Rasprag einer psychiatrischen Beobachtung zu unterziehen. Die Verteidigung formulirte diesen Antrag ohne jede Hoffnung auf Erfolg, sojournirte bloß von Amts wegen, weil Rasprag bereits während seiner Untersuchungsfrist einmal auf seinen Geisteszustand untersucht und von den Gerichtspsychiatern als ganz gesund erklärt worden war. Der Staatsanwalt protestirte auch sofort energisch gegen diesen Antrag und forderte den Gerichtsherrn auf, die Stellung solcher Anträge zu verbieten. Schon in seinem Plaidoyer wies er auf die Vergangenheit Rasprags, auf seine revolutionäre Tätigkeit hin, sagte, daß Rasprag bereits einmal, im Jahre 1895 (nachdem er in der Waisenhaus-Zitadelle 2 1/2 Jahre in Untersuchungshaft gehalten war) den Wahnsinn simuliert hätte und zwar mit Virtuosität, um dann aus dem Irrenhaus zu entlaufen; Rasprag sei ein zu gefährlicher Feind des bestehenden Staates, er würde aus jedem Gemaßrath entlaufen, und nur die Todesstrafe könne den Staat vor ihm bewahren! Also in offener Weise eine Verbindung der Todesstrafe aus Zweckmäßigkeitsgründen vom Standpunkt der Sicherheit der bestehenden politischen Ordnung! Das Gericht erlaubt jedoch dem Rechtsanwalt, trotz der Proteste des Staatsanwalts, seinen Antrag eine Stunde lang zu begründen und zieht sich nach dem Schluß zu einer Beratung zurück. Die Verteidigung war so sehr auf die Erfolglosigkeit ihres Antrages gefaßt, daß sie in der Pause bereits Notizen zum Plaidoyer machte. Nun kehrt aber das Gericht zurück — alle mit aufwallend lächelnden Vätern — und erklären, daß der Antrag angenommen und die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Ein Donner aus hinterem Himmel hätte keine größere Befürchtung bei dem Staatsanwalt hervorgerufen können. Verhängnisvoll seinen Gesicht, schaudert er die Richter laut an: „Was habt ihr gethan? Was ist geschehen?“ Der Vorliegende antwortet lächelnd mit Betonung: „Einstimmig haben wir dies beschlossen, ein u-

stimmig.“ Darauf der Staatsanwalt wütend: „Ihr werdet mir das zu verantworten haben!“

Die charakteristische Frage des Staatsanwalts: „Was ist geschehen?“ war nicht nur höchst bezeichnend für die Stellung des unabhängigen Richters im heiligen Russen-Rußland überhaupt, sondern traf auch in diesem besonderen Falle den Nagel auf den Kopf. „Geschehen“ ist zweifellos etwas, und zwar nach der gegenwärtigen Situation offenbar ein telegraphischer Brief aus Petersburg, daß das in diesem Augenblicke für den Absolutismus höchst ungeliebte Blutzgericht in irgend einer Weise hinausgeschoben werden möge. Darauf ein scharfer Frontwechsel des Gerichts in wenigen Stunden, der Vorhang der Tragödie wird plötzlich heruntergelassen. Hinter den Kulissen werden neue unheilbare Schiebungen vorgenommen und man läßt das Opfer über dem Todes-Abgrund noch eine Zeitlang schweben...

**Schweiz.** Nach dem neuen Sonntagsgesetz für Genf sind die Vorbereitungen Sonntag mittag zu schließen; außerdem bekommen die Barbiergehilfen wöchentlich einen halben Tag frei. Die Volkswirtschaft erhalten wöchentlich einen vollen freien Tag als Ersatz für die ihnen fehlende Sonntagsruhe.

**Amerika.** Eine Umfrage ergab, daß die Gewerkschaftsverbände mit Ausnahme der Elektricitäts- und der Drahtverarbeiter der Aufnahme von Negern als Mitglieder kein Hindernis bereiten, das bisher aber nur in wenigen Verbänden eine größere Anzahl von Negern eingetragenen ist. An den Schichten gibt's besondere Regierungen, was bei der Hoffen-gestaltung größer ist. Ein Zwangsgericht für Arbeitsfreistellung ist für den Staat New-Jersey durch Gesetz eingeführt worden.

**Australien.** Das Arbeiterministerium Watson verlangte die Auflösung des Parlaments, damit die Wähler entscheiden sollten, ob sie mit der Politik des Ministeriums einverstanden seien. Der Generalgouverneur Lord Northcote verweigerte die Auflösung, so daß das Arbeiterministerium zurückgetreten ist. Der Führer der Opposition gegen das Arbeiterministerium, Reid, ist mit Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt worden.

### Der Krieg in Ostasien.

Die Niederlage des russischen Admiral-Großadmirals befindet sich. Der große Kreuzer Kurik ist mit dem Kommandanten, 24 Offizieren und 360 Mann gefangen. Der andere Teil der Besatzung, 450 Mann, konnte durch die Japaner errettet werden. Die beiden anderen am Seesieg beteiligten russischen Kreuzer wurden beschädigt und entkommen. — Nach dem Ausfall beider Flotten im Großen Ozean beraubt worden ist, bezw. beide Flotten zu größeren Aktionen unfähig sind, muß Russland alle Hoffnung auf einen Seesieg aufgeben. Die japanische Flotte wird nicht emangeln, der aus Europa zur Hilfe herbeieilenden Ostflotte das Eingreifen in die Aktion unmöglich zu machen.

Von dem letzten bei Weibheim gefandenen russischen Kreuzer retteten die Engländer 50 Mann der Besatzung.

Auf der Landseite sind die Japaner bis auf drei Kilometer an Port Arthur herangekommen. Sie unterhalten ein scharfes Kanonenfeuer und schicken von der Nordsee Verstärkungen nach Port Arthur, um den Fall der Festung zu beschleunigen und die Straße für Umzingelung Suropatins frei zu bekommen. Die Anwesenheit der russischen Flotte in Port Arthur können jetzt durch die Japaner von der Landseite her bestrichen werden.

Quangtung wird von Frauen und Kindern verlassen. Außer dem russischen Admiral Witthöft ist auch der Konteradmiral Matzjewitsch den in der Seeschlacht erlittenen Verwundungen erlegen.

### Soziales.

**Invalidentente.** Das Landgericht Hellbronn hat durch rechtskräftiges Urteil entschieden: „Der Arbeitgeber, der die Schuld an der Unterlassung der Beitragsentrichtung zur Invalidentversicherung für seinen Arbeiter trägt, ist verpflichtet, diesem, so lange er lebt, die entsprechende Invalidentrente zu bezahlen!“

**Wichtige Entscheidung für Arbeiter.** Eine Berliner Fabrikarbeiterin hatte Urlaub genommen, weil sie nach ärztlichem Gutachten an hochgradiger Blutarmut und Nerven-schwäche litt und dringend eines Sanatoriums von drei Wochen bedurfte. Innerhalb der drei Wochen wurde ihr schriftlich gekündigt. Die Kündigungsrufe lief gerade mit dem Schluß der drei Wochen ab, für welche eine Weiterzahlung des Lohnes nicht verabredet war. Fräulein K. beantragte nun durch Anwalt beim Gewerbegericht den Lohn für jene 3 Wochen. Der Richter der Firma lehnte jede Verpflichtung ab.

Das Gewerbegericht unter dem Vorsitz des Magistratsrates Dr. Leo verurteilte die Firma, an die Klägerin den Lohn für vierzehn Tage mit 31 Mk. zu zahlen. Mit der Lohnforderung für die dritte Woche wurde Klägerin abgewiesen. Der Vorstehende führte unter andern zur Begründung aus: Die Kündigungsrufe lief mit dem 2. Juli ab, wo Klägerin drei Wochen lang dem Geschäft fern geblieben war. Es fragt sich, ob Klägerin angelehnt ihrer Krankheit den Lohn für die 3 Wochen ihrer Abwesenheit beanspruchen kann. Zur Anwendung kommt § 616 Bürgerl. Gesetzbuch. Danach ist dem Arbeiter im Erkrankungsfall für eine verhältnismäßige nicht erhebliche Zeit der Lohn zu zahlen. Was eine verhältnismäßige nicht erhebliche Zeit ist, hat das Gericht unter Berücksichtigung allgemeiner Erwägungen und der Sachlage des konkreten Falles zu entscheiden; es muß in diesem Bericht werden, eine Art übereinstimmender Praxis auszubilden, um nicht zu große Verschiedenheiten eintreten zu lassen. Die gewerbegerichtliche Praxis beruht deshalb die Vorschriften der Gewerbeordnung über die Zahlung des Arbeitsverdienstes (§§ 122, 123 a.). Wenn nicht ganz besondere Merkmale einer besonderen Art gegeben sind, wird man als nicht erhebliche Zeit im Sinne des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Kündigungsfrist ansehen dürfen. Der Klägerin ist daher eine Lohnsumme von 31 Mk. zugesprochen und ihr Mehranspruch abgewiesen worden.

### 7. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfs-Arbeiter und -Arbeiterinnen.

Der 7. Verbandstag fand vom 7. bis 13. August in Hamburg statt. Dem Bericht des Vorstandes enthielten mit folgende Angaben: Seit dem bisherigen Verbandstages (Linden) wuchs die Zahl der Mitglieder von 31 947 in 349 341 Stellen auf 45 535 in 433 341 Stellen, nahm also einen recht erheblichen Aufschwung. Leiber gingen 89 Mitglieder ab. Die Mitgliederzahl war eine ganz enorme. In den letzten Vereinsjahren fanden 66 Aufnahmen statt; es sind also 37 978 Mitglieder wieder fahnenkräftig geworden.

**Entscheidend der Mitgliederzahl** liegt die Commune der Unterlingungsperiode veranlassen Gebet. Die Commune hat 765 000 St. die Ausgabe 501 850 201 Mk., so daß ein Defizit von 253 748 79 Mk. besteht. Die Commune ist demnach unterlingungslos; Unterlingung reicher Mitglieder 9153 43 Mk., Gemeindegeld 18 462 73 Mk., Unzulagengeld 1455 53 Mk., Steuerbetrag 14 151 50 Mk., Rechnungsbilanz 2890 01 Mk., Steuerbetrag 180 300 81 Mk., Kantonen 19 290 95 Mk., Gemeindegeld 14 768 38 Mk., Vorschau 33 004 50 Mk., usw. — Umfangreiche Tabellen und Darlegungen dienen dem Zweck, Grundlagen zu schaffen für die Beratung der Arbeitslosenunterlingungsfrage.

Die Streiks verminderten sich, was die Zahl der Beteiligten betrifft, gegen die vorige Berichtsperiode. Die Zahl der Anträge betrug 47 (1892: 28). Die Zahl der beteiligten Personen war 2269 (1902: 2929). Die Resultate waren: Erfolgreich 20, teilweise erfolgreich 6, erfolglos 17. Von 4 bis 6 bis Rekrut unbelastet. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich auf 42 (1902: 45). Daran beteiligt waren 1563 (1902: 3618) Personen. Erfolgreich vertiefen von den Arbeitslosen 15, teilweise erfolgreich 9 und erfolglos 18. Breiten Raum nehmen die „Grenzfreitragende“ mit dem Bauarbeiter- und Metallarbeiterverband ein, die bisher nicht zum Abschlus gelangt sind.

Die eigentlichen Verhandlungen nahmen am Montag ihren Anfang. Es sind 63 Delegierte anwesend, und Beschlüsse sind ab 10 Uhr Vertreter der Gewerkschaften. Der Verbandstag erstattet Bericht, den Referent Dr. Bruns-Dannover, welche beziehen sich auf die gebrauchten Berichte, aus denen wir im Vorliegenden das Besondere mitgeteilt haben. Nach längerer Debatte, in der eine große Anzahl Redner Wünsche und Beschwerden der Arbeiter in lokaler Natur vorbrachten, wird ein Schlußakt angenommen.

Ungekommen wird ein Antrag, mehr Kantonenmaterial unter Berücksichtigung der verlässlichen Angaben zu beschaffen, ferner einen Tabellenkatalog herauszugeben. Es erfolgt einstimmige Beschlüsse, einen Vorstand und Ausschuss zu ernennen, welche eine Protokollkommission bilden, welche die Kantonenbuchung übernehmen. Ueber das Ergebnis der Arbeitslosen- und Kantonenstatistik referierte Herr Bruns-Dannover. Die Beteiligung der Kollegen sei eine ungenügende gewesen. Zu diesem Punkte, mit dem gleichzeitig die Einführung der Arbeitslosenunterlingung in die Kantonenstatistik, waren 26 Anträge vor, 7 behandeln Arbeitslosen- und Kantonenunterlingung, 6 unter der Kantonenunterlingung. Als Kantonenunterlingung der Kantonenstatistik der Antrag des Vorstandes, welcher folgenden Wortlaut hat:

Der Verbandstag beschließt, daß mit dem 1. Oktober 1905 die Kantonenstatistik in Kraft tritt, die eine jährliche Beitragsleistung von 30 Pf. für männliche und 20 Pf. für weibliche Mitglieder. Von den Wochenbeiträgen verbleiben den Kantonen 20 Prozent. Die erhöhten Beiträge werden bei Annahme der Arbeitslosenunterlingung vom 1. April 1905 erhoben.

Der längere Debatte wird eine Kommission gewählt, die die Vorarbeiten zu bearbeiten hat. Schließlich wurde ein Antrag 6 Stimmen über die Erwerblosenunterlingung in folgenden Kommissionsaufstellung angenommen:

von	für männliche Mitglieder	
52 Wochen 1. —	Mk. pro Tag, 6. — pro Woche	
104	1.10	6.60
156	1.20	7.20
208	1.30	7.80
260	1.40	8.40
312	1.50	9.00
von	für weibliche Mitglieder	
52 Wochen 0.50	Mk. pro Tag, 3. — pro Woche	
104	0.55	3.30
156	0.60	3.60
208	0.65	3.90
260	0.70	4.20
312	0.75	4.50

Die Gesamtsumme der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zu gebührenden Erwerblosenunterlingung darf jedoch nach einer Mitgliedschaft

52 Wochen	für männl. Mitgl.	für weibl. Mitgl.
104	46.20	23.10
156	54.40	27.20
208	54.80	27.40
260	58.80	29.40
312	63. —	31.50

nicht übersteigen. Für auf der Stelle befindliche Mitglieder wird an den vom Vorstand bestimmten Zahlorten die Unterlingung von pro Tag 1 Mark gewährt, in der Gemeindefolge und nach den Grundlagen der Erwerblosenunterlingung.

Es folgt Güteinteilung und Besetzung von Gauleitern, worüber Bruns-Dannover referiert. Die gegen die Aufstellung und Besetzung von Beamten für Gauen und Zahlstellen erhobenen Bedenken seien nicht hinsichtlich und wegen das für bei weitem nicht auf. Die Verhandlungen wurde verhandelt, wichtige Formulierung und Geltendmachung der Forderungen ist recht vortheilhaft; dazu bedürfte es aber geeigneter Kräfte. Redner empfiehlt folgende Güteinteilung: 1. Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Provinz Sachsen und Herzogtum Anhalt. Sitz Magdeburg. 2. Kontericht Godesberg, Sachsen-Altenburg, bürgerliche Herzogtümer und Provinz Schlesien. Sitz Dresden. 3. Provinzen Brandenburg und Polen. Sitz Berlin. 4. Ost- und Westpreußen, Pommern und Vorpommern. Sitz Stettin. 5. Kontericht Bayern. Sitz München. 6. Kontericht Württemberg und Elb-Lothringen. Sitz Gumbach. 7. Großherzogtum Baden und die Pfalz. Sitz Ludwigshafen. 8. Großherzogtum Hessen und Provinz Westfalen. Sitz Offenbach. 9. Rheinland und Westfalen. Sitz Köln. 10. Hamburg, Schleswig-Holstein, Großherzogtum Oldenburg, Bremen, Lübeck und Fürstentum Lüneburg. Sitz Hamburg. Die Güteinteilung werden bei 10. Ihre Aufstellung erfolgt durch den Vorstand nach Zustimmung des Ausschusses. Der Vorstand hat die Besetzung des Amtes eines Gauvorsitzenden zur Verwendung auszuwählen. Die Bewerber sollen Mitglieder des Verbandes sein und müssen Kenntnis der bürgerlichen Gesetze haben und zur Aufstellung vom Vorstand befähigt sein. Jeder-Vortrag begründet in längerer Ausführungen den Zusammenhang aller in einem der folgenden Zahlstellen. Ein diesbezüglicher Antrag gelangt zur Annahme. Ferner wurde ein Antrag Frankreich angenommen. Der Vorstand ist zu ermächtigen, wenn in einer Zahlstelle die Aufstellung einer belästigten Kollegen zur Führung der Verbandsgeschäfte sich notwendig mache, Zuschüsse zur Beilegung der Kosten zu bewilligen.

Der nächste Verbandstag ist Leipzig. Die Beschlüsse des diesjährigen Verbandstages sind dem Mitgliedern zum Selbststudium geliefert worden. Eine längere Debatte enthielt sich über einen Antrag St. Georg, mit den Produktivgenossenschaften ein halbjähriges einen Tarifvertrag abzuschließen. Der Antrag wird angenommen. Am letzten Verbandstag wird der Vertrag mit dem Bauarbeiterverband verhandelt und schließlich nach lebhafter Debatte angenommen.

Verantwortlicher Redakteur Adolf Tziels in Halle. Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

# Mustergiltig

bezeichnet das kaufende Publikum unser Prinzip, durch 73 eigene, über das ganze Deutsche Reich verbreitete Geschäfte unsere Fabrikate direkt dem Konsumenten zuzuführen. Von enormer Wichtigkeit ist hierbei, dass Spesen aller Art, die der Zwischenhandel mit sich bringt, vermieden werden und diese gewaltige Ersparnis der verehrlichen Kundschaft selbst in Form billigster Preise zugute kommt. Ausserdem hat die

## Qualität und Ausstattung

unserer Erzeugnisse derartigen allgemeinen Beifall gefunden, dass die Zahl unserer Kunden nach Millionen zählt!

# Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste Schuhwarenfabriken **Burg** b. Magdeburg.

Geschäftshaus  
in  
Halle a. S. **1 Schmeerstr. 1.**

In Qualität  
unübertrefflich sind:

Herren - Zugstiefel **Mk. 3.90**  
kräftiger Strapsstiefel  
Herren - Schnallenstiefel **5.40**  
gezogen, bequemer Arbeitstiefel  
Herren - Schnallenstiefel **8.30**  
Boxcall, eleg. Strassenstiefel  
Damen - Schnürschuhe **2.60**  
a. weich. Leder, bequem u. dauerh. Mk.  
Damen - Lastingschuhe **0.85**  
mit Gummizug, leicht u. angenehm Mk.  
Damen - Schnür- u. Knopfst. **4.50**  
aus dauerhaftem schwarz. Leder Mk.

Mädchen - Knopf - Stiefel

extra kräftig gearbeitet.  
No. 21/24 25/28 27/30 31/35  
Mk. 1.88 2.50 3.00 3.50

Mädchen - Schnürstiefel

ganz starker Schulstiefel.  
No. 21/24 25/28 27/30 31/35  
Mk. 1.80 2.50 3.00 3.50

Farbige Damen - Stiefel  
aus Leder, Segeltuch etc. grösste Auswahl.

Turnschuhe, Hausschuhe,  
Reise - Schuhe, Panfötel etc. etc.  
Riesen - Auswahl.



Einheitliche  
gleich feste billige  
Preise  
in sämtlichen  
73  
Geschäften.

## Sozialdemokr. Verein Merseburg.

Donnerstag den 18. August abends 8 Uhr in der „Funkenburg“  
**Versammlung.**

Tagungsordnung: 1. Bericht vom Freitag. 2. Wahl der  
Direktion. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Vollständiges Erscheinen notwendig. Die Direktion.

### Wunder des Kosmos.

Populär dargestellt von Oswald Köhler.  
Elegant geb. 5.50 Mk. oder in 17 Lieferungen à 25 Pf.

## Weltschöpfung und Weltuntergang.

Populär dargestellt von Oswald Köhler.  
Elegant gebunden 4.75 Mk. oder in 14 Lieferungen à 25 Pf.  
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung,**  
Halle a. S., Geiſtſtr. 21.

### Achtung!

Bittnenhändlern und Gastwirten weist tüchtige Hausknechte nach  
Der Vertrauensmann des Vereines deutscher Fleischergeſellen.  
Carl Emmrich, Vertrauensrat 18, Koniumhalle.



Nur Karl Kochs

### Nährzwieback

kommt seiner Zusammensetzung und  
Wirkung nach der Muttermilch gleich,  
wirkt ernährend und geistlich, macht  
alle Verdauungsstörungen unmöglich;  
man gebe daher den Kindern, wenn sie  
schlafen sollen, nur

Karl Kochs

### Nährzwieback.

Gerrenstraße 1.  
Zu haben in sämtl. Koniumvereinen.

## Zigarren — Zigaretten — Rauchtabak.

Wilh. Leimbach, Halle a. S., Südstrasse 53.

### Die Volksschule wie sie ist.

Preis 30 Pf. Von Otto Nühle. Preis 30 Pf.  
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung.**



Im Vorwärts-Verlage erscheinen unter dem zusammenfassenden  
Titel **Kulturbilder** wichtige Abschnitte aus der Kulturgeschichte,  
die allgemeinverständlich dargestellt und reich illustriert werden.  
Das Unternehmen beginnt mit der Darstellung der Religions-  
kämpfe des 16. und 17. Jahrhunderts unter dem Titel:

## Wider die Pfaffenherrschaft

von Emil Rosenow.

Das Papsttum, die Möncherei und Klöster, die politisch-  
ökonomische Tätigkeit des mittelalterlichen Klerus; die große Aus-  
beutung der Volksmassen durch Zehnten, Fronen, Abzug usw., die  
blutige und grausame Unterdrückung jeglicher Opposition (Reher-  
verfolgungen), die finstere Zeit der Hexenprozesse, die grausame  
Niedererdnissung des Volkes (Bauernkriege, Wälschenherrschafts-  
verfolgungen) und schließlich das ruhrbare Glied des 30jährigen  
Krieges... das alles sieht der Leser in packender Darstellung  
an seinem geliebten Knecht vorübergehen.

Das Werk wird gegen 400 Bilder, darunter Abbil-  
dungen der grössten Meisterwerke jener Zeiten bringen, die  
den Beifall der gesamten Arbeiterwelt finden werden.

Der erste Band wird in 50 Lieferungen à 20 Pf. erscheinen.

Jeder Band ist für sich abgeschlossen, so daß das Abonnement  
auf den einen Band nicht den Bezug der weiteren Bände net-  
wendig macht. Wöchentlich erscheint ein Heft.

Bestellungen nimmt entgegen  
**Die Volksbuchhandlung, Halle a. S., Geiſtſtr. 21.**

## Konsumverein für Halle-Giebichenstein u. Umgeg.

E. S. u. b. S.

Wir geben hiermit unseren verehrten Mitgliedern bekannt, daß die Herren Fleischermeister  
**Jul. Klostermann, Abvatatenweg 27**  
**Fr. Schröter, Brunnenstraße 7**  
**Otto Leitner, Triftstraße 30**  
**H. Sterzel, Schillerstraße 34**  
**H. Strunk, Schmiedekstraße 19**  
**H. Leidner, Bäderstraße 1**

die Herren Metzgermeister  
**Franz Kunze, Torstraße 30**  
**K. Wehrmann, Böhmischerstraße 105**  
**Fr. Lichtenfeld, Wolfstraße 3**  
**P. Prätorius, Glauchaerstraße 74**  
**G. Jacobs, Bülberg 33**  
**K. Günther, Wörmlich**

nach wie vor unsere Fleischmarken verabsorgen und ersuchen wir bei Bedarf nur Obengenannte unterfragen  
zu wollen. Der Vorstand. Schulze, Kammier.

## Walhalla-Theater.

Direktion: Ernst Schreck.

Neu! Neu!

### Konorah

— das unlösbare Rätsel —  
10 neue erstklassige Attraktionen  
in einem  
weltstädtisch. Programm!

## Apollo Theater

Direktion: Gustav Pöller.  
Am Abendplatz, nächste Nähe des  
Haupt-Bahnhofes.

Täglich 8 Uhr.

Lieferung der beliebtesten

### Steidl-Sänger.

## Möbelfabrik u. Magazin

31 Fleischerstraße 31.  
Empfehle mein großes Lager an-  
fangs nur auf gezeigter Möbel-  
u. Polsterwaren der Zeit an-  
passend zu billigen Preisen.  
F. Bergmann, Risternstr.

Morgen Mittwoch  
E. S. u. b. S. S.  
Schar Keller  
Strinweg 32.  
Telephon 2179.

## Linoleum-

Reste, Läufer, Teppiche.

Grosse Gelegenheitsposten

im

### Linoleumläden

Halle a. S., Königsstr. 18.

300 Stück

Mädchenkoffer, Kellnerkoffer,  
Solkoffer, Sandkoffer, Reise-  
koffer, Reisetaschen billigst zu verf.

Otto Töpfer, Roter Turm, 1 Tr.,  
Ging. neb. Volkswahl.

### Greizer und Berliner

### Strichzieher

empfehlen

Farbenhdg. Rannischestr. 3.

### Süddeutscher

### Postillon

Nr. 17.

Preis 10 Bfg.

ist erschienen und zu beziehen durch

alle Austräger und die

### Volksbuchhandlung,

Geiſtſtr. 21.

### Kartoffeln,

mehrfache frühlaue, verkaufe ich von  
heute ab billiger.

Karl Schmidt, Brunnenstraße 53.

Moderne Kinderwagen verkauft  
billig

Thüringerstraße 26, p. 1.

## Makulatur

verkauft

### Volksblatt-Druckerei.

Schneidernähmaschine,  
wenig gebraucht, ipottbillig sofort zu  
verlaufen **Geiſtſtr. 21, 2 Tr.**

### Laufburische gesucht.

S. Weiss.

Jüngerer Reparaturschmied

gesucht. Raumburg, Bahnhofstr. 5.

Malergesellen hilft ein

A. Hummel, Körnerstraße 27.

2 tüchtige Tischler werden gesucht

Geiſtſtr. 25.

Cauberes und freundliches

Mädchen für das Haus eines

Kaufmanns (ohne Lohn) in ein

Dorf, 45 Min. zu Fuß ab 10 Min.

per Bahn zum Ende, 1. Oktober ge-  
sucht. Reichliche und kräftige Kost,  
berühmte Behandlung, Anerbie-  
tungen unter Angabe des letzten  
Dienstes und der Ansprüche unter  
N. N. 6675 an Rudolf Hoffe,  
Halle a. S.

Das Restaurant

### Trompeterschloßchen,

Verseburgerstraße 64 ist zu verpachten.

Schriftliche Offerten erbittet die

Hall. Aktienbierbrauerei.

Wohnung mit Verfallt zu verm.

Zu erfragen bei R. Thurm,

Glauchaerstraße 79, i. L.

Grosbuch, mit Sommer quittiert,  
verloren. Gg. Bel. abzug. Reistr. 112.

### Danksgang.

Für die vielen Beweise der Liebe  
und Teilnahme beim Hinscheiden  
unseres unvergesslichen Sohnes  
und Bruders

### Gustav Kunter

lagen mir allen denen, die seinen  
Sarg so reich mit Blumen schmückten  
und ihn zur letzten Ruhe geleiteten,  
herlichen Dank.

Halle a. S., den 15. August 1904.

Die trauernden Eltern, Groß-  
eltern und Geschwister.

### Danksgang.

Zurücksehend vom Grabe meines  
inniggeliebten, unvergesslichen Sohnes

### Albert Henschel

lagen mir allen unseren herzlichsten  
Dank für die reichen Blumenbeweise.  
Besonderen Dank Herrn Pastor Senje  
und Herrn Lehrer Ulrich.

Halle a. S., den 16. August 1904.

Die trauernden Eltern, Groß-  
eltern und Geschwister.

## Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Bremen 1904.

### Wahlen.

Nachdem zum Reichstag fanden in dem Berichtsjahre 10 Wahlen, an denen sich die Partei beteiligte, und zwar in den Kreisen Dessau, Wittweiba, Reichenbach-Rückberg, Eichwege-Schmalldorf, Osnabrück, Zichpau-Marlenburg, Lüneburg, Altenburg, Frankfurt a. O. und Straßburg-Land i. Elß. Fünf der erzielten Mandate waren im Besitz der Partei. Wittweiba, Reichenbach und Zichpau, Altenburg und Frankfurt a. O. Reichenbach wurde von der Partei glänzend behauptet, wenn auch ein heftiger Stimmengang gegen die bei den allgemeinen Wahlen erzielten Erfolge zu verzeichnen war. Die Mandate der Kreise Zichpau, Altenburg und Frankfurt a. O. gingen der Partei verloren. Das Mandat des Kreises Wittweiba war durch die Niederlegung des Mandats durch den Genossen Göhre erledigt, die erfolgte, ohne daß Genosse Göhre sich mit den Genossen seines Wahlkreises oder mit dem Parteivorstand in Verbindung gesetzt hätte, ein Vorgang, der sich bisher noch nicht ereignet hatte und in den weitesten Kreisen der Partei böses Blut machte. Reichenbach und Zichpau war durch den Tod der Genossen Sellmann und Rosenow frei geworden, die Mandate des Kreises Altenburg und Frankfurt a. O. für ungültig erklärt worden vom Reichstag. Die Ungültigkeitserklärung der beiden Mandate wurde der Reichstagskommission unter jeder rechtlichen Grundvoraussetzung. Sie ist nur erforderlich, wenn man die Muskräuter wütenden Stoffes gesehen und gehört hat, mit denen die sozialdemokratische Fraktion bei jeder Gelegenheit von den Mehrheitsparteiern überschüttet wird. Die Wahl in Altenburg wurde für ungültig erklärt, weil der konterwärtige altenburgische Minister noch vor Ausschreibung der Wahl im konterwärtigen Verein Zweifel darüber geäußert hatte, ob ein Herr v. Widdow der geeignete Kandidat für den Kreis zu sein. Der Vorstand, nach dem die Wahl in Altenburg nicht stattfand, ist ebenfalls unglücklich. Die Ausschreibung erfolgte, weil der Regierungspräsident noch vor Ausschreibung der Wahl einen konterwärtigen Wahlaufruf zu Gunsten des Herrn Fehlich unterzeichnet hatte. Würde der Reichstag die bei der Klaffung der Wahlen in Altenburg und Frankfurt geübte Praxis fernerhin konsequent durchführen, dann hätte es die bürgerlichen Parteien in der Hand, sich in unheimlichen Kreisen einen zitierten Protestpunkt zu schaffen, um im Falle des Sieges dem sozialdemokratischen Vertreter ein Bein zu stellen.

Der Verlust des 20. sächsischen Wahlkreises ist vielfach bemängelt, und auch dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht worden, durch seinen Eintrag gegen die Kandidatur des Genossen Göhre den Verlust des Kreises mit vermindert zu haben. Dieser Vorwurf ist unrichtig. Der Parteivorstand würde seine Pflicht verfehlen, würde er unter gleichen Umständen nicht ebenso handeln, wie er im Falle Göhre gehandelt hat. Genosse Göhre legte am 1. Oktober v. J. sein Mandat nieder, ohne vorher den Parteien des 15. sächsischen Wahlkreises oder einer anderen Partei-Mitgliedschaft von seinem Vorhaben Kenntnis gegeben zu haben. Diese Handlung des Genossen Göhre hand mit allen Parteimitgliedern im sächsischen Wahlkreis.

Dieselbe Auffassung teilte auch die am 25. Oktober in Gemeinschaft abgehaltenen Kreisversammlungen des 15. sächsischen Wahlkreises, die mit allen gegen zwei Stimmen dem Genossen Göhre ihre Mißbilligung aussprachen und den Genossen Stüden-Altenburg als Kandidaten aufstellte, der am 17. November gewählt wurde. Nach dem Tode des Genossen Rosenow begannen die leitenden Genossen des 20. sächsischen Kreises den Fehler, ohne mit dem sächsischen Agitationskomitee oder dem Parteivorstande Rücksprache genommen zu haben, dem Genossen Göhre die Kandidatur anzutragen. Sowohl den Genossen des 20. Kreises, wie auch dem Genossen Göhre war die Verschärfung der Parteiforderung des 15. Kreises vom 25. Oktober bekannt. Beide hätten die Verpflichtung gehabt, die sie nach dem Tode Rosenows schulden, den Rat der Partei-Mitglieder einzuholen, denn es lag auf der Hand, daß das Vergehen des Genossen Göhre,

der jetzt sich wieder zur Annahme einer Kandidatur bereit erklärte, nachdem er kurz zuvor der Partei die Verlegenheiten und die Kosten einer Neuwahl versucht hatte, auf scharfen Widerspruch in der Partei stoßen würde. Da es nicht geschah, ergreifen die sächsischen Agitationskomitee die Initiative und erheben Einspruch gegen die Kandidatur des Genossen Göhre. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende schloßen sich dem Einspruch an. Der Vorstand des Einspruchs wurde in dem Fraktionsbeschluss vom 24. Februar festgesetzt, gleichzeitig aber auch beschlossen, nochmals mit dem Genossen Göhre in Verhandlung zu treten. Das geschah. Genosse Göhre erkannte an, daß er einen Fehler gemacht habe und erklärte sich bereit, auf die Kandidatur zu verzichten, wie auch seinen Entschluß den Genossen des Kreises in der für Sonntag, den 28. Februar, anberaumten Kreisparteiversammlung bekannt zu geben. Somit konnte die Veröffentlichung des Einspruchs unterbleiben. Die Veröffentlichung der von seiten der sächsischen Agitationskomitee gefassten Resolution beruhte auf einem Mißverständnis, das später aufgedeckt wurde. An Stelle des Genossen Göhre, der freiwillig zurücktrat, wurde Genosse Birkau-Königsberg aufgestellt, für dessen Kandidatur Genosse Göhre rechtlich noch so lange tätig blieb, bis eine Entziehung an dem Agitationskomitee hinderte. Die Genossen des 20. sächsischen Kreises verdienen für ihre treue, fleißige und ausdauernde Arbeit im Wahlkampf Anerkennung. Die Genossen haben gezeigt, daß, wenn sie auch einen Fehler gemacht hätten, sie in Reiz und Mitleid der großen Kampferwartung marschieren. Die Niederlage wird der nächste Wahlkampf ausweisen.

Um in Sachen Vorgänge, wie die geschilderten, in Zukunft unmöglich zu machen, nahm die diesjährige Landeskonferenz Sachsen mit 66 gegen 9 Stimmen folgende Resolution an: Die Landesparlamentarier erkennen an, daß, wenn keine Landesversammlung einberufen kann, das Zentralkomitee mit den Agitationskomitees laut § 83, 7 und 12 des Organisationsstatuts für Sachsen berechtigt sind, bei Aufstellung von Kandidaten für Reichstags- und Landtagswahlen in den einzelnen Wahlkreisen mitzuwirken und mit zu entscheiden. Kommt eine Einigung zwischen diesen Instanzen nicht zu Stande, so ist die Angelegenheit der Parteileitung zur endgültigen Entscheidung zu unterbreiten.

Damit ist in Sachen Parteifehler geworden, was bisher als Parteiträufelung gesehelt hat. Was es anders, würde der einheitliche Charakter der Partei in Frage gestellt. Der Rat, bestimmt und hat sich einerseits die Wähler der Genossen teil, doch, nicht nur gegen den Verstoß der Forderung der Einheitlichkeit der Partei entschieden zu beugehen, sondern die Parteileitung im zentralistischen Aufbau auszugleichen.

Durch das geschlossene Eintreten der Genossen in der Stichwahl am 2. Juni in Straßburg-Land siegte der Demokrat Lüthenthal, dessen Mandat aus dem Reichstag lastiert war, über den Nationalen Haupt, einen Kaiser Landespartei. Nach dem Verlust der drei Mandate der Kreise Altenburg, Zichpau-Marlenburg und Frankfurt-Lesau ist der Reichstag der sozialdemokratischen Fraktion von 81 auf 78 Sitze gesunken.

Landtagswahlen haben im Berichtsjahre stattgefunden in Sachsen-Meiningen am 5. Oktober, im Königreich Sachsen am 3. Oktober, in Baden am 30. Oktober, in Sachsen-Weimar vom 6. bis 30. November, in Preußen am 12. November, in Sachsen-Altenburg am 16. April und in Sachsen-Noburg-Gotha am 11. Juni. Den Landtagswahlen zuzuzählen sind die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, die am 12. Februar stattfanden, und die Wahlen zu den reichsständischen Landtagen, die am 20. Oktober in Straßburg und am 8. November in Württemberg folgten wurden.

In W a d e n wurde der feierliche Beisitztag — 6 Mandate — behauptet. Vorher verlor die Partei, dafür wurde Karlsruhe-Land gewonnen. Außerdem brachte die Wahl auch eine Verbesserung, indem im Durcheinander die Wahl der bisherigen Abgeordneten Genossen Fehlich und Göhre nicht mehr ertragen können und eine halbe Stunde darauf ist der Sitzung bejubelt worden! Einige vereinzelt Fälle von Streikproben sind beobachtet worden — fast alle haben mit Erfolg über ihren Mißstand genommen. Unsere Soldaten aber sind von so fernverwundeten Soldaten, zerstreut, durchmischt und hungrig liegen sie noch jetzt und sind, die über den anderen Lärm zu machen und schreie Worte zu reizen. Sie haben nur leider alle zu viel Geduld zu schöpfen — zu schwere Ziele — und oft zu wenig in Wangen. Die Japaner trafen an Ostasien, in den Jahren 1903 und 1904 und hatten Schanzensystem mit Granaten — in den Bergen von unermesslichen Berg. Und in die Ebene werden die nie gehen — dazu sind sie in den Bergen zu sehr zu Hause. Darauf aber wird sehr schön.

Der letzte Weltkrieg. Der völkische Vernehmungs-Verfahren ist nicht sehr bedeutend zu sein. Nach der neuesten, loeben veröffentlichten Post- und Telegramm-Verkehrstatistik betrug die „Zahl der vom Lande nach der Post aus der inneren Stadt nach abgesetzten Personen“ in den Jahren 1900, 1901 und 1902 100. Aber im Jahre 1903 hat sich wieder ein Rückgang befunden! Aus den einmündigen Worten werden in den Jahren 1900 noch 33, 1901 14 und 1902 neun Personen mit der Post, 1903 aber niemand mehr. Da liegt also der eine Verlust aus dem Jahre 1903 als alleiniger Vorzeichen der ganzen Stadtgemeinde. Wäre es nicht angebracht, für diesen Rückgang eine sinnige Forderung zu veranlassen, mit Wiederkehrung einer Maßnahme? Im Jahre 1898 waren noch 2853 Personen mit der Post gereist.

Wohneinrichtungen. Aus meinem Märchenbuch teilt Eugen Helwig in der Wiener Reichswehr u. a. die folgenden Märchen mit:  
Ein junger Mann war auf das Mädchen, das er am liebsten, sehr einseitig. Sie war etwas kollektive als andere Mädchen.  
„Die Augen können nach allen Richtungen liegeln“, sagte er und nach dem Mädchen die Augen aus.  
„Mit deinen Händen bin ich künftighin zu jemandem winteln“, bemerkte er und schloß ihr die Hände ab.

Desgleichen behaupteten die Genossen in Sachsen-Weimar den Beisitztag. Die Genossen Baubert-Polboda und Reib-Tinnenau wurden wiedergewählt.

Auch in Sachsen-Meiningen behaupteten die Genossen ihren Beisitztag mit sechs Mandaten. Wajungen ging zwar verloren, dafür wurde aber der Kreis Weimar erobert.

Den Genossen in Sachsen (im Elßberg), wie auch den Genossen in Preußen (am 12. November) war es unter dem Dreifünftelmehrheit nicht möglich, ein Mandat zu gewinnen. Durch das erzielte negative Resultat ließ wieder die Genossen in Sachsen nach die in Preußen entmutigt, vielmehr nach namentlich die glänzende Stimmzahl, die in Berlin und in einer Anzahl anderer preussischer Städte die Partei erlangte, gezeigt, daß unter Umständen selbst unter dem elenden Dreifünftelmehrheit Siege möglich sind. Wäre die Haltung des Liberalismus nicht eine gar so erdrückende gewesen, Liberale und Sozialdemokratie hätten den Vorteil gehabt. Ein Antrag auf der sächsischen Landeskonferenz, „sich künftig nicht mehr an den Landtagswahlen zu beteiligen“, fand nicht die nötige Unterstützung. Wie auch immer die Reaktionen beider Staaten verlaufen werden, das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht dem Volke vorzuenthalten, der Kampf für dieses grundlegende Volkrecht wird von den Genossen mit gesteigertem Eifer geführt werden.

Einem glänzenden Sieg erfreuten die Genossen in Hamburg am 12. Februar, an dem die Wahlen für die halbdirigierliche Erneuerung der Bürgerschaft — dem gezeigenden Körper des Staates — stattfand. Die Partei, die bis dahin nur einen Vertreter, den Genossen Stolten, in der Bürgerschaft besaß, gewann zwölf Mandate und hand in sechs Wahlbezirken zur Stimmzahl. In diesem wurde kein Mandat erobert. Die Wahl in Hamburg bedeutet einen Aufbruch nach links. Die Sitze wurden der Linken und der Mittelrechten abgenommen. Letztere behielten ihre sämtlichen Mandate ein. Der Sieg der Hamburger Genossen war das Resultat jahrelanger, zäher Tätigkeit in der Erwerbung des Bürgerrechts, an das das Wahlrecht gebunden ist.

Im Herzogtum Sachsen-Altenburg ist es den Genossen am 16. April nicht gelungen, ihren Beisitztag zu behaupten. Trotz einer weitläufigen Erhöhung der Stimmen klopften wir einen Sieg ein. Die Genossen Buchwald, Koppier und Horn wurden wiedergewählt.

In den Reichsländern wurde in Straßburg am 20. Oktober Genosse Herold mit über 600 Stimmen Mehrheit gegen den freikonservativen Kandidaten zum Reichstag, und in Württemberg Genosse Emmel in den Landesparlamentarier gewählt.

Bei den Landtagswahlen im Herzogtum Sachsen-Noburg-Gotha verloren wir 3 Mandate. Die Fraktion zählt jetzt 6 Abgeordnete. Die Wahl ist eine misliche. In mehreren Kreisen hatten die Freiwirtschaften in der Hand, den reaktionären Agrarier auszuscheiden. Doch der Fall gegen die „Koten“ verhütete „ein aus der Rolle fallen“. Getreu der freiwirtschaftlichen Tradition stimmten die Liberale fast geschlossen für die Agrarier. In allen Wahlkreisen haben wir erfreulicherweise eine sehr erhebliche Steigerung unserer Stimmzahl aufzuweisen.

Den Wahlen zu den Gemeindeverordneten bringen die Genossen allort das größte Interesse entgegen. In Baden sitzen Parteigenossen in 56 Orten, insgesamt über 800 Vertreter in den Gemeinden. Außerdem weist Baden noch 28 sozialdemokratische Gemeindeverordnete und drei Bürgermeister auf. In Württemberg zählt die Partei in 61 Orten 112 Parteigenossen als Gemeindeverordnete und in 52 Orten 127 Parteigenossen als Bürgerausschussmitglieder. Im Anhalt hat sich die Zahl der Gemeindeverordnete von 12 im Jahre 1901 auf 40 gesteigert. Neben dem Ausfall der preussischen Landtagswahlen war dem Parteivorstand der Kampf gewaltig geschwollen. Sie führten in gehobener Stimmung und geben in hochstehenden Werten der inneren Ausdauer, den Sozialdemokraten Beruf und der Umgegend die unmittelbare an die Landtagswahlen anschließenden Vorbereitungen eine Anzahl Mandate zu erreichen. Bitter war die Enttäuschung der freiwirtschaftlichen Wähler. Am 27. November fanden die Wahlen

### Kleines Feuilleton.

Ein ausgefallenes Funken-Telegramm. Vor einigen Tagen war dem normannischen Ranzschiff Eidsbold mittels telegraphischer vom Panzer Nordenschild der Velel zugegangen, bebüß Lösung eines Waldbrandes nach Zaxif abzugeben. Es war dies das erste Mal, daß die Funken-Telegramme in Norwegen praktisch angewandt wurden, nachdem sie aus dem Stadium der Versuche gelangt war. Nach der Ankunft in Zaxif machte das Schiff eine weitere interessante Erfahrung auf dem Gebiet der Funken-Telegramme. Ein Nachschiff gegen drei Uhr begann der Telegraphen-Apparat zu arbeiten. Der wachhabende Offizier nahm das empfangene Telegramm auf, merkte aber sofort, daß es in keiner der ihm bekannten Sprachen, nämlich englisch, französisch oder deutsch abgefaßt war, obwohl es aus klaren Buchstaben bestand. Da holländische Schiffe in der Nähe waren, so gelangte man zu der Annahme, daß das Telegramm von diesen kommen konnte, aber es zeigte sich, daß dies nicht der Fall war. Erst am andern Tage wurde festgestellt, daß es sich um ein von einem russischen Kriegsschiff abgefaßtes Telegramm handelte, und die Lösung des Rätsels wurde gefunden, als aus den Zeitungen erichtlich wurde, daß russische Kriegsschiffe den Belt und Kattegat passiert hatten. Ueber den Inhalt des Telegramms ist nichts an die Öffentlichkeit gedrungen.

Ueber einen Artilleriekampf mit modernen Geschützen. In einem russischen Krieg der Japanesischen Kolonne: Es ist was Staunendes an die Haltung dieser Geschosse. Ein halbes Schrapnell überfliegt eine Strecke von 200 Metern mit Augen und bei Wajungen haben die Japaner in 2 1/2 Stunden am 2. Juni auf die 3. und 4. Batterie 20.000 Schrapnells geschossen. Kein Wunder, daß die Geschosse genommen wurden! Da kommt ihr einen Begriff von dem Spätetate bekommen, den wir in nächster Nähe gesehen haben. Die reine Hölle muß es sein, da noch zu arbeiten und ein solches Feuer zu erwidern. So haben diese Vatterien denn auch nur den Moment, wo die Japaner von neuem laden mußten, dazu benutzen können, zu antworten. Die übrige Zeit hat alles an die Kaufmanns geschäft begreifen und ernst und fleißig über sich hinweg. Die Feuerwerke genommen, ist der Anblick von großerer Mühe und Schönheit und wäre ein Genuß, wenn dies entzündliche Heulen und Pfeifen nicht wäre, das eben durch die Beobachtung an dem gewaltigen Schrapnell zu hören. Das ist ein Beispiel von einem unermesslichen Druck beherrscht und also, rechte Verabschiedung, die viele sagen. In solchen Augenblicken sieht man an den Soldaten, welche

„Mit denen Füßen kenne ich zu jemandem unter dem Tische ein Zeichen geben!“ sagte er wieder in einem neuen Überraschungsanfall und lächelte die Füße ab.  
„Ich habe verstanden, daß du noch sprechen kannst!“ sagte er denn. Eine halbe Stunde nach dem Wachen die 3 u n g e heraus.  
„Du hast nicht lächeln können!“ sagte er und schloß ihr die 3 H ä n d e aus.  
„So, jetzt bin ich etwas ruhiger!“ sagte er an dem Tage, da er für das S o a r abschlüßte. Und er trautte sich zum ersten Male, das Mädchen allein zu lassen.  
„Sie ist hübsch, aber vernünftiger bis zum letzten Atemzuge g a n g n e i n u!“ sagte er beim Fortgehen.  
Als er zurückkam, war das Mädchen verschunden. Sie war mit dem Eigentümer einer S c h a u b ü d e durdgegangen.  
Die Rechnung im Briefkasten. Gelegentlich des Sommer-Aufenthaltes in Wiesbaden passierte einem Münchener Kurant das Malheur, daß er seine leeren empfangene Bodenrechnung in Wiesbaden nicht finden konnte, obwohl er sie in die Tasche gesteckt und inzwischen nur ein paar Schritte zum nächsten Briefkasten gemacht hatte. Am anderen Tage wurde der Herr über den Verlust durch den Empfang der folgenden lustigen Zeilen belehrt:

Miesbriele, Anstaltsleiter, Sendungen von allen Arten. Regt mich vertrauensvoll. Ich den Mann, das er soll. Und die Post, nach alter Weise, Sendet alle auf die Reite. Und belogst sie gut und recht. Denn — sonst ginke es ihr schlecht! Mein Mann aber heit' verlassen. Von uns ist das macht uns bange: Hat man uns das ungeniert. Eine Rechnung präsentiert! Gerne wollen wir den Leuten. Eine kleine Frau bereiten, Fröhlich hab wir beherzt. Und zur Auskunft Reits bereit: Aber noch für andre zahlen. Wo die eigne Schuld nicht Quaten — Reint! Das ist zu viel verlangt! Warum ist ein Sie nicht, Die die Wora geht zurück: Wie uns haben Sie kein Glück!

für die betreffende Erneuerung des Stadtbürgerkollegiums statt, wobei die Partei mit 8 Mandaten partizipierte. Neben der glänzenden Behauptung des Besitzstandes eroberte die Partei noch 5 Mandate. Ebenso wurden in der Wahlwahl am 31. Mai 2 Wahlkreise mit den Genossen Rob und Dr. Tronsz Hauptvert. Dem Genossen Rob, dem durch gerichtliches Erkenntnis mein Reichstagsbegehren das Mandat aberkannt war, hatten die bürgerlichen Parteien einen Gegenkandidaten gar nicht gegenübergestellt. In dem andern Bezirk, der durch die Kandidatenüberlegung des Genossen Dr. Friedenberg frei geworden war, gingen die Stimmen des bürgerlichen Kandidaten um über mehr als 300 zurück, während Genosse Tronsz die gleiche Anzahl Stimmen mehr bekam als die Friedenberg vor 4 Jahren auf sich vereinigte. Auch bei den Wahlen am 27. November hatten es die bürgerlichen Parteien unterlassen, in 6 Wahlkreisen Kandidaten aufzustellen.

Wahl Ergebnisse wurden am 23. November in Charlottenburg vollzogen, von denen selber 11 im Besitz der Partei war, 5 Mandate wurden von den Genossen dazu erobert. In Brandenburg wurden 4 Mandate von den Genossen erobert. In Lutzowen wurde die gesamte 3. Abteilung mit 933 gegen 88 Stimmen erobert. In Rummelsburg wurden 4 Genossen gewählt ohne Gegenkandidaten. Durch die Wahl am 4. November eroberten die Vorgänger Genossen zum ersten Male 2 Mandate. Weidlich behauptete seine 8 innegehabten Mandate und eroberte noch eins dazu. In Timenau gewonnen die Genossen von 9 freigebliebenen Mandaten 4, wodurch ihre Zahl sich auf 9 vermehrte. In Berningroth erhielt Genoss Karlitz 2 Genossen zur Unterstützung. Von 5 auf 10 Sitze erzielte die Verbundene Genossen die Fraktion der Gemeinderäte etc. Eine wertvolle Versicherung erhielt die Fraktion in Magdeburg durch die Wahl des Genossen Dr. Landberg.

Wahlbeschluss, ein hundertfünfzig Städtchen mit 6000 Einwohnern, verleiht seinen Stadtväten die Einzelwahlrechte. Zu diesem ist Genoss Tenner, der Landtags-Abgeordnete für Waltershausen, aufgeführt. In Offenburg wurde Genoss Adolf Scholz vom Stadtbürgerkollegium mit 20 Stimmen zum Vorsitzenden erwählt. Genoss Quarf, der als Stadt im Kampferfeld im Frankfurter Stadtparlament sitzt, hat durch seine stetige Kritik einen Beschluss in der Stadtverordnetenversammlung zur Annahme gebracht, wonach das verheerbarste Industrieformosen, an welches das Wahlrecht gebunden ist, von 1200 Mark auf 900 Mark herabgesetzt wird. Magistrat der Magdalen der Stadtbürgerkollegium, dann wird Genoss Quarf sehr bald sozialdemokratischen Jung erziehen.

Bei der Gewerbegerichts-Wahlen, die am 27. März vorigen Jahres in Offen stattfanden, fielen zum ersten Male die Sitze des Gewerbegerichts mit 375 gegen 357 Stimmen der christlichen Gewerkschaften. Die letzteren lagern Verzicht gegen die Wahl ein, dem sich das Gewerbegericht angeschlossen, denn es musste nachgegeben werden, dass die Wahlstellen unzureichend gemein wären. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. Die Reklam hat am 8. Januar statt. Beide Parteien brachten je 2000 Wähler mehr an die Urne als die dreizehnte Wahl vorher. Die Sitze des Gewerbegerichts fielte mit 788 gegen 747 Stimmen der vereinigten Gegner. Nach dem Proportionalismus wurden die Gewerbegerichtsstellen folgenden in Densdorf, Oberhausen bei Augsburg, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Offenau, Schmalen, Somburg und Straßburg. Bei der Unternehmlichkeit entließen auf die Sitze des Gewerbegerichts in Offenau 21, in Karlsruhe 2, in Straßburg 3 und in Frankfurt a. M. 10 Mitglieder.

In Köln, der Vaterstadt des Zentrumsgewerkschaften Trimborn, des Vaters des Antrags auf faktische Einführung des Proportionalismus bei den Gewerbegerichtsstellen, hat Herr Trimborn eine bittere Enttäuschung erlebt. Der aus 6 Arbeitern und 6 Arbeitnehmern bestehende Ausschuss des Gewerbegerichts lehnte einstimmig — einschließlich der drei Vorstehenden — den ihm zur Veranlassung vorgelegten Antrag auf Einführung der Verhältnismäßigkeit ab. Bei den am 11. Dezember stattgefundenen Wahlen gingen die Sitze des Gewerbegerichtsstellen. Gleichzeitige fielen die Sitze der Gewerkschaften in den nun katholischen Kolonnen. Ebenso in Trier. Weitere Siege der Genossen in der Gruppe der Kleinrentner sind zu verzeichnen in Charlottenburg, Sömmering, Weidlich, Lang, Ellersberg, Dessau, Schwedtitz, Alkenburg, Kassel, Rathenow, Gamsdorf und Brestlau, wo die christlichen Vereine den Verzicht machten, ihre Kraft zu erproben. Der Verzicht selbst möglich ist.

### Die Wälferei

fiel in diesem Jahre auf einen Sonntag. Demzufolge war die Teilnahme an den Feiern unzulänglich eine riesengroße. Doch kann dieselbe dafür nicht als Maßstab geltend gemacht werden, da die Arbeitende als wichtigste Form der Wälferei Gemeinlich großer Arbeiterkolonnen geworden ist. Wenig weniger aber können diejenigen mit dem Ausfall der diesjährigen Wälferei operieren, die der Meinung sind, wenn nicht in allerbesten Zeit die einheitliche Durchführung der Wälferei in allen Aufnahmestellen gelänge, es besser sei, die Arbeitende für die Wälferei fallen zu lassen.

Von den Genossen geplant Maßnahme in Braunshweig, Wandberg, Galbe, Alstedt, Wambitz, Karlsruhe, Freiburg, Ulm, Friedberg und Wandsbeck wurden von der Polizeibehörde verboten. Ueber die Beweggründe der Verbote verbreitete sich eine bürgerliche Korrespondenz folgendermaßen: „Für die sozialdemokratische Wälferei, welche in diesem Jahre, da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt, in größtem Umfang stattfinden dürfte, werden von den Sicherheitsbehörden die weitesten Maßnahmen getroffen. Schon jetzt ist, jedenfalls nach einstimmigen Pläne, in vielen Städten den sozialdemokratischen Verbänden ein Antrag in geschlossener Form unterlegt worden, die bezügliche Umgebungen eine Demonstration gegen den bevorstehenden Reichstagswahlkampf und deshalb eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung in sich bergen. Die Demonstration wird am Montage vollständig auf dem Plane erwidern, um nötigenfalls eingreifen zu können. Auch das Militär wird am 1. Mai teilweise auf Ausgang verdispensiert müssen, da Rekrutenformationen vorgehoben sind.“

Die Korrespondenz bietet nur insofern Interesse, als sie einen Einblick in den geistigen Tiefstand des Urteilsvermögens der bürgerlichen Parteien gestattet. Dem Wälferei darf der bürgerliche Wälferei in seinem Selbstbildnis präsentiert werden, wenn ihm dabei nur der Gedanke suggeriert wird, „Wälferei“ nicht zu sein, sondern die Sozialdemokratie unter der Wälferei, das sie nicht zu machen mag.“ (Fortsetzung folgt.)

## Freitag des Sozialkriegs.

(Schluß.)

Dank, 14. August.

### Nachmittags-Sitzung.

Der Punkt Organisation und Presse wird zurückgestellt, und der Antrag des Genossen Reichstagsabgeordneten Kuntz entgegengenommen. Er bezieht sich auf den Kontraktbruchgeheimturf im preussischen Landtag. Der Referent führt aus: Der Geheimturf bedeutet eine Verurteilung der Landarbeiter. Er richtet sich überhaupt gegen den Arbeitgeber, in Wirklichkeit gegen den Arbeiter. Die letzten Rechte der Landarbeiter werden durch den Geheimturf beseitigt. Wie ist es aber möglich, daß man überhaupt davon hat, ein solches Gesetz vorzulegen? Es ist der Geist der Gefährdung, der Reichstagsabgeordnete der Arbeiter, der daraus resultiert. Das preussische Abgeordnetenhause ist formal nicht einmal legitimiert, ein solches Gesetz zu beschließen, da es gegen die Reichstagsbeschlüsse verstoßen würde. Es ist der Geist der Gefährdung, der Reichstagsbeschlüsse über Landarbeit. Weiter wird dies nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Strafgesetzbuchs. Schon Oberricht der bestimmte Reichstagsbeschlüsse, hat sich dahin ausgesprochen, daß solche Gesetze der Kompetenz des Reiches, nicht den Einzelstaaten unterliegen. Der Kontraktbruchgeheimturf ist eigentlich dem Bundesrat vorbehalten, er ist dem Reichstagsbeschlüssen vorbehalten. Die Lage der Landarbeiter ist eine solche, daß sie ähnliche Anträge vorzulegen. Der bekannte konservative Abgeordnete Nitsch hat einmal im Reichstags die Lage der Landarbeiter als eine schlechtere bezeichnet, als die Verhältnisse der Bergarbeiter in den Staaten. Die italienische Regierung hat ihre Arbeiter gewahrt, nach Deutschland als Landarbeiter zu gehen. Ähnlich hat sich sogar die russische Regierung ausgesprochen. Das ist auch erklärlich, wenn man die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter kennt, wenn man zugleich die jüchbar lange Arbeitszeit in Betracht zieht. Daraus entstehen dann die Kontraktbrüche, die strafrechtlich geahndet werden und mit der Zurückführung des Gehalts in das alte Dienstverhältnis enden. Die Frucht dieser ungleichen Zustände ist die Verbitterung, über die wir unsere Reaktionen so sehr empfinden. Das die Landarbeit zu nehmen würde bei Annahme des Kontraktbruchgesetzes, liegt auf der Hand. In den Worten zum Entwurf heißt es u. a., daß auch der fortwährenden Arbeiter, der Arbeiter in den Staatsbetrieben etc. in das Gesetz einbezogen werden sollen. Man kann nach dieser Deduktion ersehen, was man den Arbeitern zumutet im Vertriebe ist. Und wie will man streng unterscheiden zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Arbeitern? Ein Aufreißer der Gempörung hätte durch die ganze Nation gehen müssen. Es ist ein Skandal, daß keine einzige der bürgerlichen Parteien gegen den Geheimturf energisch protestiert hat. Der Vater des Entwurfs ist eigentlich der Abgeordnete Nitsch, in der Regierung hat der Reichstagsbeschlüsse, und die preussische Regierung hat den Entwurf einfach abgelehnt. Bedauerlich, daß sogar der freimütige Abgeordnete Müller-Sagan sich in einem Privatbriefe dahin geäußert hat, daß die Zugehörigkeit zur freimütigen Partei nicht abhängig ist von der Stellung zur Gefährdung bezug. zum Kontraktbruchgeheimturf. Anders wie im Landtag klang natürlich die Melodie, als die Sache im Reichstags zur Sprache gebracht wurde. Für den Arbeiter gibt es nur die Möglichkeit, einen Kontrakt nicht zu unterschreiben, der auf dem Kontraktbruchgeheimturf beruht. Was haben wir nun zu tun, um das Gesetz, wenn es in Kraft tritt, unversenk zu machen? Wir müssen mehr nach der Handarbeit anstrengen, in die wir die Organisation aufnehmen, kann nicht heiliger der Arbeiterversicherung energisch nachzugehen. Um ein Rates und Beschläger feil, dann weiß er auch Mittel und Wege, um sich den Wirkungen des Kontraktbruchgesetzes zu entziehen. (Beifall.)

In der Diskussion weist Genoss Albrecht-Halle auf die Bundesstaaten Anhalt und Neuz jüngere Anteile hin, die bereits ein besonderes Kontraktbruchgeheimturf. Er ersucht die Delegierten, auf dem Lande die Arbeiter auf diesen Geheimturf besonders aufmerksam zu machen. Do kann sehr viel für die Partei gesehehen. Man muß auch darauf hinarbeiten, daß die Arbeiter mehr offentlich für die Sozialdemokratie eintreten. Weidlich-Halle ersucht die Genossen, Material gegen das Kontraktbruchgeheimturf zu sammeln und es der Parteizentrale zu versenden. Wie ist die Lage des Kontraktbruchgeheimturf. Ein Bericht erklärte, daß z. B. ein Arbeiter, der in einem verlassenen Bette nicht schlafen wollte, einfach als Kontraktbruchgeheimturf angeklagt ist. Ähnliche Fälle werden von den Gerichten häufig behandelt. Gleich-Beitragungen sagt, daß ihm die Ausführungen des Gen. Kuntz aus dem Herzen gesprochen wären. Durch die schlechten Verhältnisse verurteilen die ländlichen Arbeiter ausgiebig. Daher stehen sie unseren Interessen manchmal gleichgültig gegenüber. Wir müssen in den Reichstagen den Landarbeitern beistehen, dann gewinnen wir sie für uns. Röder-Nietleben macht den Vorschlag, dieses interessante Thema in einem Artikel der nächsten Iwanjungen Blätter zu behandeln. Folgende Resolution wird einstimmig angenommen:

Die Konferenz protestiert im Sinne des Referats gegen den preussischen Geheimturf betreffend die Gründung des Vertragsbüros landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gehalts, weil die Veranlassung eine solche Gefährdung für eine Verurteilung der Landarbeiter, sowie auch ferner den Verurteilung für einen schamlosen Einbruch reaktionärer, verurteilung der Befreiungen in Reichstags und Reichsverfassung zu Gunsten des vorkommlichen Junker- und Agrarierismus betradeten.

Es folgt Punkt 4: Die Gererenhäuser und das Reichstagswahlrecht. Genoss Albrecht als Referent bemerkt einleitend, daß durch die gegenwärtig weiter unternommenen Schritte, das Reichstagswahlrecht zu beschränken, die Wahl des Themas berechtigt ist, obwohl es bereits im Sozialdemokratischen Verein in Halle behandelt wurde. Inzwischen habe auch in Berlin eine Veranlassung der dortigen Gewerkschaftskommission sich mit dem Thema Der Wert des Parlamentarismus und der Generalstreik befassen. Dr. Friedenberg hält es für notwendig, doch einiges zu sagen. Dr. Friedenberg ist der Lage der Arbeiter habe sich materiell nur wenig gehoben. Das ist richtig, aber man muß auch die moralische Behandlung der Arbeiterklasse im Auge fassen. Blicke man auf dreißig Jahre der Arbeiterbewegung zurück, dann kann man sagen, daß diese moralische Behandlung der Arbeiterklasse doch eine außerordentlich große sei. Ein Vergleich der Bestimmungen der Arbeiter von damals und früher liehe dies sehr deutlich. Die Schulung der Arbeiterklasse während dieser Zeit sei eine immense. Damals habe man schon gefordert, man werde sie unter Ziele erreichen? Mit demselben Recht könnte man auch heute noch diese Frage stellen, und ebenso wenig wie damals kann man eine endgültige oder befriedigende Antwort verlangen. Friedenberg sagt weiter, unsere Zeit ist Aufhebung des Sozialistengesetzes ist eine beschlechte. Warum hat Friedenberg, der behauptet, in 10 Jahren in der Reichstags tätig zu sein, nicht schon längst seine neue Zeit aufgegeben? Wenn Friedenberg ferner erklärt, für ihn wägen die drei Millionen sozialdemokratischer Stimmen wenig und er

weine dem Reichstagswahlrecht keine Kräfte nach so sei zu sagen, daß die Gegner eine ganz andere Auffassung über die Bedeutung des Dreimillionenhebes haben. Wir können keine größeren Heiler begehren, als der Begehren des Reichstagswahlrechts gleichzeitig zuzustehen. Durch den Eintrittsursprung der deutschen Arbeiterkraft ist die Justizbehörde gefahren, sollte man meinen, das Reichstagswahlrecht anzusetzen, würden wir wieder auf dem Boden sein, und das Recht des Dr. Friedenberg unbedeutend lassen. Ebenso ist die Auffassung Friedbergs über die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion schon längst erklärt und als richtig erwieben worden. Die Ansicht Friedbergs über die geringen Anforderungen, die der Parlamentarismus an den einzelnen stellt, wäre vielleicht von ihm nicht verweilt worden, wenn er tätig gewesen wäre in der Reichstagsarbeit, in der Arbeiterklasse, als Stadtbürgermeister oder Reichstagsabgeordneter. Da würde er erfahren haben, daß sogar sehr große Arbeit seitens der Erwählten der Reichstagsarbeit zu leisten ist. Auf dieselben Sitze steht der Kontrakt, die politische Partei habe nicht so viel Mitglieder zu organisieren vermocht, wie dies die Gewerkschaften fertig gebracht haben. Es standen sich die Biffen 200 000 und 1 000 000 gegenüber. Gehe man der Sozialdemokratie als Partei die feste Organisation der Gewerkschaften, dann hätten wir sehr bald die Biffenhöhe der generalisierten Gewerkschaften erreicht. Bezüglich der Stellungnahme der Gewerkschaften zur Wälferei kann man teilweise die Meinung Friedbergs teilen. Endlich erklärt Friedberg, daß die Generalstreik als Mittel der Arbeiterbewegung, Folge man den Angaben Friedbergs, daß wir mit 4 Millionen organisierter Arbeiter den Sieg über die bürgerliche Gesellschaft eringen können, so würde man aus Erfahrung, daß wir mit Tausenden von Streikbrechern zu rechnen haben würden. Zu bedenken sei ferner, daß ein Generalstreik aus der Arbeiterklasse würde erwachsen würde, und das Proletariat würde am schlimmsten davon betroffen werden. Man könne den Generalstreik betrachten, wie man wolle, es lasse sich für die Arbeiterklasse nicht heranzuführen. Wir haben nur zu agitieren und zu organisieren und unsere bisherige Taktik beizubehalten. Das können wir vorwärts. Die Arbeiterklasse Friedbergs seien zwar ein Kontrakt gegen die Behauptungen mancher Parteigenossen, die nach rechts abdriften möchten, aber für die Partei löge keine Veranlassung vor, den Friedbergschen Spuren zu folgen.

Dafür seien auch Beweis die Verhandlungen der Gererenhäuser, die Redner im einzelnen flaziert und sich des längeren verbreitet, über die uniere Leier durch die Berichte über die beiden Verhandlungen des Sozialdemokratischen Vereins unterrichtet sind. Genoss Albrecht legt folgende Resolution vor:

Der Freitag erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten über die Gererenhäuser und das Reichstagswahlrecht einverstanden und ist bereit, alle Angriffe auf das Reichstagswahlrecht mit allen Kräften abzumehren. Die bisherige Taktik in Bezug auf den Parlamentarismus ist beizubehalten.

In der Diskussion sagt Röder-Nietleben, daß er sich für den Generalstreik nicht begeistern kann, und verweist u. a. auf den Widerstand, den uns der Militarismus schon heute entgegensteht. Dem Landarbeiter die Idee des Generalstreiks sympatisch zu machen, sei außerordentlich schwer.

Alsdann findet die Resolution Albrecht Annahme.

Beim Punkt Presse gibt Genoss Groß den Geschäftsbericht des Volksblattes bekannt. Aus diesem ist u. a. zu ersehen, daß im Geschäftsjahre 61 Belagen mehr gegeben worden sind als im Vorjahre. Im allgemeinen sei der finanzielle Stand des Blattes ein befriedigender. Im Anluß daran beantragt Lindenbain, künftig über die Presse direkt nach den Berichten der Vertrauensleute des Geschäftsbericht bekannt zu geben, damit den Urteilen nachgeforscht werden kann, welche an manden Orten zu einem Wälfung der Volksblatt-Abonnenten geführt haben. Der Antrag findet Annahme.

Ueber Organisation und Agitation referiert Kuntz und er verliest folgenden Antrag:

Der heutige Freitag beschließt: Zur besseren Erhellung der Parteigeschichte im Sozialkrieg einen Genossen feil anzuwählen. Die seitliche Parteileitung wird verpflichtet, im Januar 1905 diesen Antrag einer Konferenz der Vertrauensleute des Kreises zu unterbreiten und eventuell zu beschließen, unter der Verantwortlichkeit, daß die eocemuelen Verantwortlichen für diese Verantwortung jedoch nicht durch eine Erhöhung der Beiträge, sondern durch energische Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder aufzufingern sind. Der in Halle von ca. 6000 gewerkschaftlich Organisierten vor 1900 politisch organisiert sind, ist zu hoffen, das durch zahlreiches Beitritt zur politischen Organisation die erforderlichen Kosten leicht aufzubringen sind.

Nach Bestimmung der Resolution durch Jänick-Nietleben wird der Antrag angenommen.

Punkt 5: Anträge zum Parteitag und Wahl des Delegierten. Hierzu liegt ein Antrag vor, den Gen. Krüger näher begründet, indem er auf die Ausfälligkeit verschiedener Formansätze innerhalb der Sozialdemokratie durch die Gegner aufmerksam macht. Diesen Anstrengungen kann durch eine laufende Prospektüre entgegengetreten werden. Der Antrag lautet:

Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, eine Prospektüre herstellen zu lassen, in welcher die in irgend welche Formansätze in der Arbeiterbewegung am kumpenden verbreiteten Darstellungen der bürgerlichen Presse wiedergegeben und durch entsprechende Nichtigstellungen auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden. Die Prospektüre soll den Mitgliedern der Partei Material geben, den Führern der bürgerlichen Gegner und ihrer Kammermittel die rechte Licht zu stellen; sie soll jedoch zu diesem Zweck zu gegebenen Zeit ergänzt werden und in neuer Auflage erwidern.

Der Antrag wird abgelehnt, nachdem die Genossen Albrecht und Lindenbain dagegen gesprochen. Ein weiterer, die Parteileiter betreffender Antrag des Jahrbereichs der Zimmerer von Halle befragt:

„Den Delegierten auf dem Parteitag in Bremen sei dem 4. Punkt der Tagesordnung „Wälferei“ zu beantragen, dafür einzutreten, daß der 1. Mai durch allgemeine Arbeitstriebe gefeiert wird.“

Dieser Antrag wird angenommen.

Als Delegierter zum Parteitag in Bremen wird der Genoss Gustav Schimidt-Halle gewählt.

Auf dem Bezirkstag werden die Genossen Langhammer, Wetzin, Röder-Nietleben, Röder-Nietleben im Sozialkrieg vertreten. Die Wahl der Halleigenen Genossen soll später erfolgen.

Anträge der Genossen. Erst beantragt, künftig 10 Proz. der Parteileitung an den Zentralvorstand zu senden. Der Antrag wird schließlich zurückgezogen, da er die Bedürfnisse der Bremer Parteileitung abzurufen würde. Ein Antrag, daß der Reichstagsabend einmal an anderen Orten abzuhalten, wie noch länger Diskussion, an der sich Albrecht, Jänick, Röder beteiligen, angenommen. Ein anderer Vorschlag, daß die Mitglieder des Kreises einen Delegierten zu wählen,

wird erneuert. Ein weiterer Antrag: „Die Vertreter des Sozialrates haben auf dem Vorschlag der Gewerkschaften antragsgemäße, sich um die Volkshaus-Exposition in ihrem Bauhause besser zu bestimmen, da s. B. die Expedition in Wiesbaden a. S. wieder eingezogen ist.“ wird dem zum Bezugszettel gemachten Genossen zur Berücksichtigung überlassen.

Die Tagesordnung ist erledigt. Den Vorstand gibt eine kurze Übersicht über die Arbeiten des Vorstandes und schließt diesen um 8 Uhr mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

## Salle und Saalkreis.

Salle, 16. August.

**Kollegium Dämmig**  
hat gestern nachmittag in der fünften Stunde sich bei der Gewerkschaftsverwaltung am Richter geteilt, um die ihm vom hiesigen Bauarbeiterverein an zwei Monaten zu verhängen. Eine kurze Notiz im Volkshaus, die angelegte Übergriffe eines Schwammes auf dem Klebputz rügte, erwies sich nicht als das Tadelnde entprechend. Unter Gewerkschaftsmann hatte und wiederholt und unter Jeunegenennung veränderte, seine Angaben beruht auf Wahrheit. Wir glauben ihm, und unter Rogge muß die Haftfähigkeit des betreffenden mit dem Bericht sein. Die Angelegenheit überließ Kollegium Dämmig die Haft ohne Schädigung seiner Gesundheit. Da die Jeuneger über ihr verhängte Haftstrafe von einem Jahr im Wiederbrauchverfahren in eine Haftstrafe umgewandelt wurde, haben sich ihm gestern zum ersten Male die Gefängnistüren geöffnet.

### Zur Lohnbewegung der Tischler

am und gestern der folgende Bericht zu:  
In der am Sonntag, den 13. August, stattgefundenen General-Versammlung, welche von 200 Kollegen besucht war, wurde beschlossen, in die Lohnbewegung einzutreten. Von 197 Stimmberechtigten stimmten 165 für und 26 dagegen; 6 Stimmen waren unglücklich. Die Versammlung erklärte sich mit den aufgestellten Forderungen einverstanden und erklärte sich bereit, dieselben durchzusetzen. Die Forderungen betreffen aus folgenden 6 Punkten:

1. 9 1/2 hündige Arbeitszeit.
2. 40 Pfennig Mindestlohn für Tischler und Maschinen-Arbeiter; mit Hobelbank und Werkzeug 45 Pfennig; beim Baumaternehmer 50 Pfennig pro Stunde.
3. 10 Prozent Bonuszahlung für diejenigen, die mehr als 37 Pfennig pro Stunde erhalten.
4. Für Überstunden 10 Pfennig, für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pfennig mehr pro Stunde. Nacharbeit ist von 9 Uhr abends an zu berechnen.
5. Gemeinschaftliche Regelung des Arbeitsnachweises.
6. Für Maschinen-Arbeiter eine halbe Stunde eher Arbeitsbeginn am Sonnabend, vorausgesetzt, daß die Maschinen, die mit der Lohnbewegung des Lohnes.

Da die Forderungen als möglich bezeichnet werden müssen, hoffen wir, daß die Tischlermeister das nötige Entgegenkommen zeigen und zu Unterhandlungen bereit sein werden. Die Forderungen sind am Montag an sämtliche Meister abgehandelt. Wir bitten die Kollegen, bei Freitags eine abwartende Stellung einzunehmen. Arbeitgeber, welche in dieser Zeit mit den Kollegen verhandeln wollen, sind an die Vorabverwaltung zu beschreiben. Anfragen und Briefe sind an den Bezirkspräsidenten H. Schöne, Weißes Hof, Gefährliche 5, zu richten. Die Kommission.

### Überwältigung des Galtischen Kornhaus-Gewerkschafts.

Das abgelaufene Geschäftsjahr soll für die Gewerkschaft mit einem weiteren Defizit von 48 203 M. abgesehen. Die Ursachen liegen in Kontroversen und Projekten. Im nächsten Jahre werden es andere Ursachen sein. Die Gewerkschaft, die von Seiten des Staates subventioniert wird, trägt den Todesstempel in sich. Es kann sich nur darum handeln, wie lange man ihr Zeit läßt, ihr Bestehen durch die Unterstützung zu erhalten. Die Mittelglieder beträgt nur noch 162 mit 2168 Anteilen. Seit 1. Juli befindet sich die Gewerkschaft in Privaträumen, das Sachverhältnis mit dem Staat wegen des staatlichen Kornhauses gelöst ist. Auch diese Betriebsänderung wird schwerlich den zu erwartenden Bankrott der Gewerkschaft aufhalten können. Ob das Ende dieser Gewerkschaft auch Herrn Staatslands Segen hat?

### Lehrerregel und sein Ende.

Im Regierungsbezirk Merseburg fand nach der neuesten Ausgabe des amtlichen Schulblattes 120 Lehrer, 5 Lehrinnen und 3 Retoristinnen unbefehligt. So lange die Regierung und die Mehrheit des preussischen Landtages sich nicht dazu bequemen, die Dotationsverhältnisse der Lehrer besser zu gestalten, wird auch der Lehrerregel bestehen bleiben.

### Uns antizipieren Bekanntheit.

Die Ausführung der Bau-Antragsgarantien für den Neubau der Mittelstraße an der Lortzstraße soll im Wege der Wettbewerbung durchgeführt werden. Angebote sind bis Freitag, den 19. August, vormittags 10 Uhr auf dem Stadtbauamt einzureichen. Die Bedingungen und Zeichnungen liegen in der Stadtbauabteilung Zimmer 37 aus, wofür auch die Verdingungsanträge entnommen werden können.

Die Lieferung und Aufstellung der Eisenkonstruktion für die Verbreiterung der Galtstraße in Halle a. S. (etwa 167 000 kg Eisen und ca. 3000 kg Zinn) soll im Wege der Wettbewerbung durchgeführt werden. Angebote sind bis Mittwoch, den 24. August d. J., vormittags 10 Uhr auf dem Stadtbauamt einzureichen, wofür die Bedingungen, Zeichnungen und Verdingungsanträge gegen Hinterlegung von 3 Mark entnommen werden können.

Es ist zu erwarten, daß die Veräußerung der verfallenen Bänder vom Monat Mai 1903 durch Wittmo, am 17. August d. J., im Verdingungslokal statt und wird voraussichtlich 3-4 Tage in Anspruch nehmen. Es kommen an jedem Tage Landmaschinen aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, viele Geräte, Dinge, Käse, etc., fernere Sachen, sowie eines ständigen und zuverlässigen Geschäftlers bedürftig, mögen sich wenden an Genossen S. Ammiral, Bergstraße, Kommando.

Im Glauchaer Viertel wird morgen, Mittwoch, abend der Schulvortrag des Disziplinärgerichts abgehalten. Die Versammlung findet wie gewöhnlich im Gerechtigkeit Restaurant statt.

Innere Parteigenossen, namentlich die Gastwirte und Wirtschaftshandwerker, werden ermahnt, an ihrem Teile dazu beizutragen, daß die in der Bildung befindliche Organisation der Tischlermeister nicht wieder zerfällt werden kann. Dieses Bestreben haben offenbar einige Meister, doch gehen sie dabei so vorwärtig vor, daß sie nicht wegen offener Missetatung bestraft werden können. Ein organisierter Tischlermeister ist bereits entlassen worden. Alle Parteigenossen, welche eines ständigen und zuverlässigen Geschäftlers bedürftig, mögen sich wenden an Genossen S. Ammiral, Bergstraße, Kommando.

Wegen Differenzen im Arbeitsverhältnis haben gestern beziehungsweise heute die Gerber der Firma Wackelberg, Rutehof 6, die Arbeit niedergelegt. Nähere Mitteilungen folgen. Es wird gebeten, den Arbeiter-Beisitzern der Firma in den bürgerlichen Blättern keine Beachtung zu schenken.

Ein defektierter Soldat der 11. Kompanie der hiesigen Garde wurde in der Nähe von Merseburg aufgegriffen und seinem Truppteil wieder zugeführt. Er heißt Schomm und hatte sich am 3. März Dienstlich entzogen.

Einem Krampfanfall heute heute früh 9 Uhr am Ockmarkt ein Herr Zorn, Börsenstraße wohnhaft; man brachte ihn in ein nahegelegenes Haus und von da aus schaffte man ihn in die Klinik.

**Wadewell.** Der Wert des Bauaufschlags, das und seit langer Zeit zur Verfügung steht, hatte nach den Mitteilungen des Delegierten aus dem streikenden Leitern der Verbände die Aufforderung erhalten, um einen Seitenmauer des Gebäudes Veränderungen vornehmen zu lassen. Im Weitergefallenen würde das Sommerfest des Bauarbeiterverbandes verfallen. Kurz entschlossen legten eine Anzahl Bauhandwerker Hand an, teilnahmen an der betreffenden Mauer, und den Vorarbeiten war wenige getrieben worden. Die Verbände sind gewiß dazu, um den belästigenden Verordnungen Geltung zu verschaffen, aber sie erfüllen ihre Pflicht gegen die sozialdemokratischen Partei oder ihre Repräsentanten zu gewährleisten.

**Erbsis.** Einem Verlaubt erlitt der Sohn des Handarbeiters Grimm, als er in die Ausstattung des Wohnhauses fiel.

**Wettin.** Abgehört. Der Deister Meeresberufliche beim Birnenplätzen in Deutleben dadurch, daß die Leiter gebrach und W. über haushoch heruntergerollt. Er brach den Fuß oberhalb des Knöchels so daß Knochen splitter aus dem Fleisch herausragten. Der Verunglückte wird in das Diakonissenhaus nach Halle gebracht.

## Aus den Nachbarkreisen.

Aus Merseburg geht und die Mitteilung zu, daß im Kontor des Vorstandes Freitag einige Gewerkschaftler beflagelt worden waren. Der Antrag zur Wieder Aufnahme der Staatsanwaltschaft ist von dem Staatsanwaltschafts-Kontumazanten gestellt worden. Die näheren Umstände, die nach dem vorliegenden Bericht sich hierbei ereignet haben sollen, sind so ungewisser, daß wir es uns einstweilen versagen müssen, näher darauf einzugehen.

**Schwendig.** (H. B.) Ertranken. - Unfall. Montag vormittag gegen 4 10 Uhr erkrankte das 24-jährige Mädchen des Schlossers Wilhelm Daberthel in der Gasse, in der Nähe der Badebrücke. Der Kleine war von der Gasse weggegangen und war abends heim gekommen. Er wurde gefunden, so daß er abgeholt und ertrank. In ihm wurde ein Teil gefunden. - Mittags kurz vor 12 Uhr führte unser Kollege der Maurer Max Müller, auf dem Neubau des Genossen August Engelmann vom Gerüst infolge eines Bruches eines Schuttes, die äußeren Treppentritte fallen ließ und wurde schwerer Natur fess, jedoch soll der Bauarbeiter eine heftige Schütterung davongetragen haben. Er mußte mittelst Seileinwurfes in seine Wohnung getragen werden.

**Marzfränk.** Das linke Auge durchschossen wurde am Sonnabend den neunzehnten Knaben Rudolf des Schmiedemeisters Schieringer. Der Knabe hatte vom Hofe aus durch eine Kugel in sein linkes Auge getroffen, in welchem sich ein im 13. Jahre lebender Knabe mit Schießen aus einem Leinwand beschäftigt. Der Schuß löste durch das Nitroch und trat den Keinen Schmerzens ins Auge. Die Kugel hatte das Auge vollständig durchbohrt und lag noch in dem dahinter befindlichen Sack.

**Weißenfels.** (G. B.) Gewerkschaftsfeier. Das war ein herrliches Sozialdemokratisches. Die Arbeiterhaft von Weißenfels hat wieder angeht, daß sie gut versteht, feste für sich zu feiern. Groß und klein, alt und jung amüsierte sich auf dem Festplatz, in dem die Arbeiterhaft, unter dem großen Garten in Stadt Aumühle war, zur Benutzung noch ein Stück angrenzendes Feld gepachtet worden, auf dem Luftschiffen, Schießbänken und anderes mehr aufgestellt waren. Die freien Turner brachten ihre Leistungen auf diesem Felde zur Geltung, und ebenfalls dort wurde Bogenschießen und Sternschießen, sowie Zopfspielen zum größten Vergnügen der Kinder abgehalten. Besonders Anerkennung verdient das Reinspiel der weissenfeldischen Mädchen, die sich hochachtungsvoll zuvor darauf einigt haben. Man schätzte sich heimlich unter sich, und bis spät in die Nacht hinein blüht der Garten noch als Festsitzende annehmbar. In Stadt Aumühle und Zentralhalle fand noch fester Wall statt.

So weit wäre alles ganz gut gewesen; es ging eben auch ohne den Aufzug, der verboten war, und doch haben wir über ein Nebenstück unserer schwebigen Polizei zu berichten. Die Polizei aufstehen, um die Mädchen zu beschützen, das ist kein Fehler, hatten sich vorher in der Zentralhalle eingefunden, um gemeinschaftlich ihre mit Blumen bekränzten Ketten und Reiterinnen nach Stadt Aumühle zu tragen, hatten aber das Staatsgefährliche, nach dem Ansicht unserer Polizeibehörde damit verbunden, nicht geahnt. Welche Folgen daraus hervorgehen, ist sehr verständlich am besten zu zeigen, wenn wir ihnen und diesen ein Mädchen anführen. Darum soll die eingefangenen Mädchen ihres Weges nach Stadt Aumühle zu. Und richtig, unsere schwebige bellende Gernandab erschien auf dem Platze in der Gestalt des Polizeimeisters Bernermeister. Wie die Kinder in die Arbeiterhaft eingeschlossen waren, also ihnen direkten Weg gingen, wurde mit einem Male der auf dem Trottoir ruhig liegende Weg gehende Genosse Schmidt angehalten wegen Aufführung eines verbotenen Umzuges. Inzwischen die Mädchen, die auf dem Festplatz waren, traten der Polizeibehörde entgegen und forderten deren Aussehen und die Befreiung; so sie eigentlich nicht sollten, mühten die Mädchen ebenjovoll, wie das der Vorgang beobachtende Publikum. Wohl bogen die Mädchen links und rechts der Polizeigewalt aus, aber das intimistische Zusammengebrüllte schickte mochte noch nicht aufhören. Die Mädchen traten in der Weise unsere Mädchen ihren Verengungswort zu, nur noch etwas hinter als vorher. Geradeaus erregend viele der störenden Zwischenfälle auf das Publikum, das teils aus Fremden bestand, die dem Polizeibehörde die besten Augen zuwenden. Mit der Zeit wurde die Polizei herbeigeholt, um seine eigene Machtvollkommenheit zu zeigen. Nur weiter!

**Erfelder.** (G. B.) Ueber die schiefe Behandlung seitens des Amtsvorsetzers Schneider in Salzigem Lager dort beschäftigte Arbeiter. Ein alter Arbeiter erzählte, daß er am Freitag, den 12. d. M., in einem halben Tage ca. 60 Schock Jäger vom Feder abgeladen wurde und trotzdem von Herrn Schneider noch als Bauerler betrachtet wurde. Wenn er am Montag nicht mehr machte, würde er vom Feder genommen. Man behauptet: bei einem Tagelohn von 2 M. täglich solche Arbeitsleistungen und dann noch als Bauerler angesehen werden. Das geht schon die Schicksalsgebäude des deutschen Reiches gegen, wenn das in Salzigem Lager gemacht wird. Auch über das Hien der auf dem Gute beschäftigten Arbeiter sind im hohen Grade Fragen angegangen, doch werden wir dieses Kapitel in nächster Zeit einmal ausführlicher behandeln.

**Einführung.** Bei dem Klempnermeister, Erich Hoffmann, wurde am Freitag abend eingekerkert. Die Diebe benutzten die Zeit, in der der feierliche Arbeiter keinen regelmäßigen abendlichen Spaziergang machte, in der Wohnung aller unsummiert; Gels, worauf es wahrscheinlich abgeben gewesen war, nicht gefunden worden sein.

**Gießleben.** Wegen der Weibschicksale auf der Hauptkammerstraße wurde E. Weidmann von der hiesigen Strafkammer am 1. Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Hildorf.** Ertrinken. Montag morgen gegen 3 1/2 Uhr wurde der ca. 26 Jahre alte Sohn des Ortsführers L. W. vom Doldischen, Angstadt kommend, von den Bergarbeitern am Doldischen, Angstadt und Herz am Kläber auf offener Straße mit Wasserfischen in den Unterleib lebensgefährlich verletzt. Turm, dem die Eingeweide aus dem Leibe quollen, wurde 6 1/2 Uhr aus dem elterlichen Hause in das Krankenhaus transportiert. Er wurde am nächsten Morgen in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Scheune, welche früher zum Treppchen Gute gehörte, vollständig nieder. Es wird Brandstiftung vermutet.

**Lergau.** (G. B.) Rißura - Brand. Im Rißigen führte der Nachbar vom Kläber, unter den Langenrieden, zwei Wochenbrücke zu. Er wurde mittels Wagen nach seiner Wohnung gebracht. - Im Langenrieden nach brannte in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Scheune, welche früher zum Treppchen Gute gehörte, vollständig nieder. Es wird Brandstiftung vermutet.

**Wittenberg.** Luftstille Sandlungen. Von der Strafkammer des hiesigen Obergerichts wurde der Arbeiter Gode aus Kemberg wegen am Abend des 3. Juli in der Nähe des hiesigen Bahnhofs verübter ungesetzlicher Sandlungen in fünf Jahren mit Gefängnis von 3 Monaten verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren bestraft.

**Lübeck.** Umgefügter Rißturn. Im großen Lagerung wurde am Freitag unter Ob verlegt durch den Leiter der im Bau befindlichen Rißturns. Infolge des starken Wehwindes kam das Gerüst des Turmes ins Schwanken und infolge der Erschütterung fürzte das Bauwerk zusammen. Ehe die acht auf dem Gerüst befindlichen Arbeiter sich in Sicherheit bringen konnten, fürzte der Bau zusammen und begrub die Arbeiter Otto Füllow, Otto Köhler und den Bauarbeiter Jentzen. Der Bauarbeiter Jentzen wurde durch die verunglückten Personen konnte glücklicherweise werden. Sie trugen sämtlich Verletzungen davon, zum Glück aber keine lebensgefährlichen. Die Verantwortung für das Unglück wurde, wie der Richter mittelst der den Bau des Turmes beaufsichtigende Techniker Cornelius aus Wagburg tragen.

## Neue Provinzial-Verordnungen.

In Ostpreußen hat der Provinzialrat des Reichs, Sonntag abend 7 Uhr beim Vaterländischen Verein in Unterhaltigkeit in den Unterleib geschossen. - In Langenrieden wurde am Sonntag abend gegen 5 Uhr die in der letzten Jahre lebende Arbeiter W. im Stadtpark nahe der Bismarckstraße erschossen. In Ostpreußen kam im Laufe des Sommeres die hiesige Arbeiterhaft, die den Arbeiter W. aus der Haft entlassen. Die Beschäftigung in der Gegend eines anonymen Briefes, welcher bei der Behörde eingegangen war, erhalt.

## Polizeiliches und Gerichtliches.

**8 Vom Kriminalland Merseburger.** Die Genossen Pech und Schiller wurden am Freitag nachmittag, nachdem die eisenbahnsche Station von 20 000 M. durch den Verhaftungsvorgang Berlin am Kriminalland hinstreckt worden ist, aus der Haft entlassen. Die Beschäftigung in der Gegend eines anonymen Briefes, welcher bei der Behörde eingegangen war, erhalt.

**8 Der Reichshaus.** Ein Parteigenosse im Besitze der Hauptmannschaft Chemnitz mit einer Strafbefreiung bedacht worden, weil er die Arbeiterhaftverhältnisse des hiesigen Vereinigenes verlegt hat. Es ist vorgeschrieben, daß der Vorliegende einer Verurteilung vor Beginn derselben die Arbeiterhaftgenossen vor Verlassen der Verurteilung aufzufordern muß. Das hatte der Genosse als Vorbesitzer einer Verurteilung unterlassen; er hat das harte Recht verlegt und muß bestraft werden. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht Stolberg, das sich auf seinen Einpruch mit dem ersten Richterfalle zu beschäftigen hatte, machte er zwar geltend: die Verurteilung, der er verurteilt hätte, war eine Konferenz von 16 M. in der das Mitglied der Arbeiterhaft, die zu dieser Stunde nur gelangen können, weil sie 25 Jahre alt sind; außer diesen waren noch einige Genossen als Gäste anwesend, die ihm persönlich als sehr volkshaus bekannt waren und auch von keinem Menschen als mehrjährig angesehen werden konnten. Der Amtsrichter belehrte den Angeklagten jedoch, daß es darauf nicht ankomme. Was Recht ist, muß Recht bleiben. Es steht einmal im Wege, daß die Arbeiterhaftgenossen zum Abzuge aufzufordern sind - auch wenn sie nicht da sind. - Darauf der Angeklagte seinen Einpruch jurid.

## Parteinachrichten.

Im Reg.-Bez. Frankfurt a. O. wurde folgendes Verhältnis zwischen sozialdemokratischen Reichstagswählern, Mitgliedern der politischen Organisation und Abwesenden auf dem Parteitag festgestellt:

Wähler	Mitglieder	Abwesenden
Korau-Jarff	10 004	1159
Forst-Premerberg	9 146	1891
Kranz-Kuchan	9 153	487
Premerberg-Premerberg	9 042	830
Frankfurt-Premerberg	12 817	704
Premerberg-Premerberg	3 742	215
		180

Drei andere Kreise haben zusammen zwar 16 970 sozialdemokratische Wähler, aber nur 250 Abwesenden auf der Part. Volksliste.

Genosse Dr. Winter, der bis voriges Jahr in Dersachsen tätig war und dann nach Stuttgart ging, wo er kurze Zeit in der Redaktion des Volkshaus arbeitete, soll nach Meinung hiesiger Wähler wegen großer Verdienste im Zeitungs-Kreis für den Parteitag bedacht werden.

**Schwab.** Bei den Gemeinderats-Wahlen im Ranton Colathun wurden am Sonntag in zehn Gemeinden 42 Sozialdemokraten gewählt.

**Gewerkschaftliches.**  
Die Berliner Marmorhucketeure haben Montag in allen Bezirken die Arbeit niedergelegt, die die Forderungen nicht bedingungslos anerkannt haben.

